

## **Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt für das Planungsjahr 2023 -es gilt das gesprochene Wort-**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Göbelbecker,  
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Dettenheim,  
werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

mitten in einer seit 2 Jahren dauernden Pandemie begann im Februar 2022 der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine.  
Zusätzlich zu der Corona bedingten Mehrarbeit in der Verwaltung kamen nun noch Themen wie Unterbringung von Geflüchteten, Energiekrise und Inflation.  
Und dies in einem Jahr, in dem bei der Gemeinde Dettenheim erneut einige Stellen neu besetzt werden mussten.  
Da sich auch bei den Kommunen inzwischen ein Fachkräftemangel bemerkbar macht, mussten die entsprechenden Ausschreibungen teilweise mehrfach erfolgen.  
Umso erfreulicher ist es, dass Stand heute tatsächlich alle Stellen besetzt sind und dies nun hoffentlich auch langfristig.

Die Beschäftigten der Gemeinde sind unsere wichtigste Ressource. Deshalb möchten wir uns zunächst bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde für ihre Arbeit und ihr Engagement bedanken.

Zur Vorbereitung der Haushaltsrede unserer Fraktion habe ich mir die Haushaltsreden vom Vorjahr durchgelesen. Mit Ernüchterung habe ich festgestellt, dass viele der angesprochenen Punkte und Themen noch nicht begonnen bzw. umgesetzt wurden.  
Als Beispiele seien hier der barrierefreie Umbau der Haltestellen inkl. einer seit mehreren Jahren geforderten Unterstellmöglichkeit an der Haltestelle Kirchfeldstraße, die Anschaffung von 2 weiteren Elektrofahrzeugen inkl. Ladesäulen sowie die Gestaltung des Kirchenvorplatzes im Ortsteil Rußheim genannt.  
Auch der für 2022 geplante Beginn des Ausbaus der Deutschen Glasfaser und die damit verbundenen wichtigen Gehwegsanierungen haben sich nun in das Jahr 2023 verschoben. Auf unsere Anregung, eine Möglichkeit für einen Anschluss auch in den Gewerbegebieten und in den Aussiedlerhöfen zu finden, kam leider bisher keine Resonanz.

Als Gemeinde in unserer Größenordnung wird der Haushalt hauptsächlich aus den Anteilen aus der Einkommensteuer der Bürgerinnen und Bürger sowie aus den Anteilen der Umsatzsteuer unseres Gewerbes bestritten. Hinzu kommen noch Zuweisungen des Landes.  
Ein großer Teil dieser Einnahmen wird für Pflichtaufgaben, wie der Erhalt der Infrastruktur, verwendet.

Im Jahr 2023 ist nun die Sanierung des Restabschnitts der Dettenheimer Straße geplant. Ebenso werden die Kanalsanierungen anhand der erstellten Prioritätenliste weitergeführt.  
In unseren Mittelanmeldungen für 2023 hatten wir erneut die Verbesserungen an den Friedhofskapellen in beiden Ortsteilen genannt. In diesem Jahr sollen nun die Toiletten erneuert bzw. barrierefrei umgebaut werden. Das für den Ortsteil Liedolsheim wichtige Vordach wurde in das Jahr 2024 verschoben.

Die Erschließung des Wohngebiets Hagäcker-Weglängenäcker hat begonnen, ebenso die Planungen für das Gewerbegebiet Waldteiler. Nachdem seit längerem die Nachfrage der Gewerbetreibenden vor Ort nach Grundstücken nicht mehr befriedigt werden kann, ist es wichtig, diese Planungen für dieses, wenn auch nicht große Gebiet, zu forcieren. Umso bedauerlicher ist

es, dass es auch im letzten Jahr keine Informationen bzw. Fortschritte beim Gewerbegebiet Mönchfeld gab. Unabhängig davon muss die Entwicklung der Ortskerne sowie die Erstellung von Bebauungsplänen für eine geordnete Bebauung und Nachverdichtung weiter geführt werden.

Die Tiefengeothermie wird bei der nachhaltigen Wärme- und Stromerzeugung künftig eine wichtige Rolle spielen. Die Deutsche Erdwärme hat inzwischen beim Regierungspräsidium Freiburg Antragsunterlagen für die berg- und wasserrechtlichen Genehmigungen für ihr Vorhaben in Dettenheim eingereicht. Die Umwelt- und Energieagentur des Landkreises Karlsruhe arbeitet mit Hochdruck an einem Konzept des regionalen Wärmeausbaus. Mit diesem Vorhaben sind nicht nur Chancen sondern auch Risiken verbunden, weshalb es auch innerhalb unserer Fraktion unterschiedliche Meinungen zu diesem Projekt gibt. Wichtig war uns, dass bei der Stellungnahme der Gemeinde die Forderung erfolgte, dass das Projekt mit Landesbürgschaften abgesichert werden muss.

Über die Sanierung bzw. den Umbau der Pestalozzischule in Liedolsheim haben wir erstmals im Jahr 2017 diskutiert. Auch in den Jahren 2018 und 2019 wurde geplant und besprochen. Seither wurde dieses Thema nicht mehr aufgegriffen. Nun sind Gelder für das Architektenhonorar und das Vergabeverfahren in der mittelfristigen Finanzplanung für 2026 vorgesehen. Wir können nicht nachvollziehen, weshalb und wozu man hier so lange abwarten möchte und die Planungen ruhen.

In der Tullaschule in Rußheim fehlen kurzfristig Räume, da die Anzahl der Schülerinnen und Schüler erfreulicherweise steigt. Deshalb sucht man aktuell nach Alternativen zur Unterbringung der Kernzeitbetreuung. Doch diese Lösung kann nur ein Provisorium sein. Der Bund sieht ab dem Schuljahr 2026/2027 bekanntlich einen Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung an den Grundschulen vor. Hier müssten wir über bauliche Veränderungen sprechen und diese dann auch angehen.

Nachdem im Ortsteil Rußheim ein neues Wohngebiet erschlossen wird und auch Baulücken im alten Ortskern bebaut wurden, müssen wir besonders auf die Bedarfsplanung an Betreuungsplätzen in den Kindergärten und Schulen achten. Alle Kindergärten in Dettenheim und auch die AWO-Zwergenstube sind nahezu ausgelastet, so dass die Schaffung neuer Plätze abzusehen ist.

Die finanziellen Ausgaben für die Kindergärten und Schulen sind wichtige Investitionen in die Zukunft. Wir müssen die Angebote für unsere Kinder und deren Eltern attraktiv gestalten.

In diesem Jahr wird nun das bei vielen im Gremium gewünschte Ratsinformationssystem eingeführt. Dazu werden Tablets für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte beschafft. Die Vorteile liegen auf der Hand: Ersparnis in der Verwaltung für Drucken, Sortieren und Versenden der Unterlagen, positiver Beitrag zum Umweltschutz durch Einsparung von Papier und schließlich bessere Recherchemöglichkeiten sowie Platzeinsparung zuhause für die Ratsmitglieder.

Beim Eigenbetrieb Wasserversorgung stellt die größte Position die Modernisierung des Wasserwerks dar. Hierfür sind Gesamtausgaben von über 8 Millionen Euro prognostiziert, die sich über einen Zeitraum von 2022 bis 2026 erstrecken.

Die Erhöhung der Wassergebühr ist den Preissteigerungen im Bereich der Stromkosten, bedingt durch die Energiekrise, sowie dem Unterhaltungsaufwand des bestehenden Leitungsnetzes geschuldet.

Im Bereich Schmutzwasser sind ebenfalls Kostensteigerungen bei Strom und der Kanalunterhaltung maßgeblich für die Erhöhung der Gebühr. Hinzu kommen hier noch Mehrausgaben für ca. 50 000 € für die Änderung der naturschutzrechtlichen Vorgaben zur Rattenbekämpfung.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt und dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Wasserversorgung zu.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung sowie dem Gemeinde- und Ortschaftsrat für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

